



25. Nov. 2019

Doris Achelwilm - Büro Berlin

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Doris Achelwilm
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Christian Lange MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
bei der Bundesministerin der Justiz und
für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 (030)18 580-9010

FAX +49 (030)18 580-9048

E-MAIL pst-lange@bmjv.bund.de

19. November 2019

Betr.: Ihre Schriftliche Frage Nr. 11/124 vom 11. November 2019

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 11/124

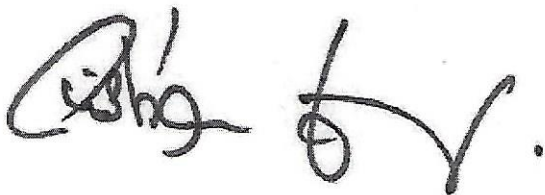
Welche Maßnahmen haben die Behörden des Bundes seit der Beantwortung der Kleinen Anfrage „Berichte über Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes an Waffentransporten in Kriegs- und Krisenregionen“ vom 13. Mai 2019 (Drs. 19/10141) hinsichtlich strafprozessualer und außenwirtschaftlicher Verfahren ergriffen, die im Zusammenhang mit mutmaßlich illegalen Kriegswaffenexporten unter Beteiligung des BND in (damalige) Embargo-Zielländer wie den Sudan und Myanmar stehen (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/101/1910141.pdf>)?“

Antwort:

Die Frage wird so verstanden, dass nach Maßnahmen der Behörden des Bundes im Rahmen strafprozessualer Verfahren nach dem Außenwirtschaftsgesetz im Zusammenhang mit mutmaßlich illegalen Kriegswaffenexporten unter Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes gefragt wird.

Im Zuständigkeitsbereich der Bundesanwaltschaft (§§ 142a, 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes) wurden weder im angefragten Zeitraum (seit dem 13. Mai 2019) noch sonst bisher Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz im Zusammenhang mit mutmaßlich illegalen Kriegswaffenexporten unter Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes geführt, mithin auch keine strafprozessualen Maßnahmen getroffen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized first name and a last name with a period.